

Mehr Integration durch bessere Bildung

Positionspapier des Arbeitskreises 5
April 2006

Gewalt als soziales Problem

Die Lehrerinnen und Lehrer der Berliner Rütli-Hauptschule haben mit ihrem Brief an die Berliner Schulbehörde eine neue Integrations- und Bildungsdebatte in Deutschland entfacht. Sie beklagen unhaltbare, oft gewaltsame Zustände an ihrer Hauptschule, deren Schülerschaft zu 90 Prozent aus Familien mit Migrationshintergrund stammt.

Kinder aus Migrantenfamilien besuchen überdurchschnittlich oft die Hauptschule (44 Prozent gegenüber 19 Prozent der Deutschen), obwohl sie die gleichen Leistungspotenziale haben. Gründe sind die soziale Benachteiligung, Arbeitslosigkeit und Armut und die daraus resultierende Bildungsferne der Familien. Soziale Segregation findet in allen Lebensbereichen statt und führt zu ungleichen Chancen von Jugendlichen aus Migrantenfamilien. Verbunden mit der Perspektivlosigkeit für die eigene Zukunft fördert dies Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft.

Hinzu kommt, dass sich die Probleme in bestimmten Stadtvierteln konzentrieren und dadurch verschärfen. Familien mit Migrationshintergrund leben aufgrund des Arbeitsangebotes vor allem in städtischen Ballungsgebieten. Häufig konzentrieren sich auch einzelne Ethnien in bestimmten Wohnquartieren. Dies liegt an Barrieren auf dem deutschen Wohnungsmarkt, aber auch an der wichtigen Rolle, die verwandtschaftliche Beziehungen im Migrationsprozess spielen.

Beispiele sozialer Exklusion gibt es allerdings auch innerhalb der deutschen Bevölkerung. Perspektivlosigkeit, soziale Entmischung und soziale Brennpunkte in Städten, in denen sich Problemlagen verdichten, sind keine neuen Phänomene. Dennoch stellen Migrantinnen und Migranten eine besondere Zielgruppe bei der sozialen Integration dar, weil Sprachbarrieren und kulturelle Unterschiede Zugang und Verständigung erschweren. Aufgabe der Politik ist es, den Teufelskreis aus sozialer Benachteiligung, Bildungsferne, Perspektivlosigkeit, Rückzug in ethnische Gruppen und Gewalt zu durchbrechen, präventiv zu handeln und die Rahmenbedingungen neu zu setzen.

Nachholende Integration

Die Mehrheit der politisch Verantwortlichen hat sich in den letzten Jahrzehnten geweigert, die Realität Deutschlands als Einwanderungsland anzuerkennen. Als Folge daraus stehen Integrationsmaßnahmen bei uns erst am Anfang. Sie sind weder ausreichend vorhanden noch differenziert genug und konnten bisher auch nicht in voller Breite umgesetzt und verankert werden.

Erst mit dem unter Rot-Grün beschlossenen Zuwanderungsgesetz wurde Deutschland offiziell Einwanderungsland. Versäumte Integration muss jetzt nachgeholt werden, zum Beispiel durch den Ausbau von Sprach- und Integrationskursen für Erwachsene. Die Mittel dafür dürfen nicht gekürzt werden. Es ist richtig und notwendig, von Migrantinnen und Migranten auch die Bereitschaft zur Integration einzufordern. Rechte ziehen auch Pflichten nach sich. Dies ist aber nur möglich, wenn auch Voraussetzungen geschaffen werden, die Integration fördern.

Rufe nach Abschiebung und Aussondern von Problemfällen in Förderschulen oder Internate sind keine zukunftsweisenden Ansätze. Denn es sind unsere eigenen gesellschaftlichen Probleme, die wir hier in Deutschland zu lösen haben. Diejenigen, die besonders laut nach Sanktionen rufen, haben Integration viel zu lange blockiert.

Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten im Bildungssystem

Dadurch dass man die bundesdeutsche Zuwanderungsrealität jahrelang nicht wahrhaben wollte, sind große Defizite im Bildungssystem entstanden. Es wurde die Chance vertan, auf die wachsende Heterogenität der Bevölkerung mit einer entsprechenden Weiterentwicklung der Bildungskonzepte zu reagieren.

Das Ergebnis ist in internationalen Vergleichsstudien zum Bildungssystem wie IGLU oder PISA dokumentiert: Deutschland bildet bei beiden Studien das Schlusslicht, wenn es um die Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund geht. Auch der UN-Sonderberichterstatler für Bildung hat kürzlich bei einem Besuch in Deutschland eine bessere Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund angemahnt. Andere Länder mit vergleichbarer Migrationsdichte wie Kanada, Großbritannien oder Schweden können größere Erfolge im Sinne einer besseren Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund vorweisen.

Die Problematik wird in Deutschland dadurch verschärft, dass in noch stärkerer Weise als anderswo der sozioökonomische Status der Familie entscheidend für die Bildungschancen der Kinder ist. Da Migrantenfamilien zu einem großen Teil in schwierigen sozialen Bedingungen leben, bedeutet dies für deren Kinder, dass sie in zweierlei Hinsicht von Risikofaktoren in unserem Bildungssystem betroffen sind. Die Prinzipien Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit werden damit eklatant verletzt.

Wir brauchen daher dringend Veränderungen im Bildungssystem. Der Fokus muss auf einer konsequenten Förderung von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Familien mit speziellem Augenmerk auf solchen mit Migrationshintergrund liegen. Denn sie machen einen festen und weiterhin wachsenden Anteil der Schülerinnen und Schüler im deutschen Bildungssystem aus.

Notwendige Veränderungen im Bildungssystem

1. Höchste Priorität hat die qualitative **Verbesserung der vorschulischen Bildung**, denn der Bildungsprozess beginnt im frühkindlichen Entwicklungsstadium. Sprachförderung sowie die Vermittlung gemeinsamer Werte und Regeln müssen bereits in Kindertagesstätten selbstverständlich sein. Interkulturelle, soziale und kognitive Erziehung sowie die Kooperation mit den Grundschulen muss Aufgabe jeder frühkindlichen Einrichtung sein. **Elternberatung** muss hier begonnen und kontinuierlich fortgesetzt werden. Die Entwicklung zu Familienzentren ist sinnvoll, weil so Eltern eine frühe Beratung, Information und Unterstützung in verschiedenen Lebensphasen geboten und unterschiedliche Fachkräfte in der Kommune miteinander vernetzt werden können. Mittelfristig sollte der Elternbeitrag entfallen.
2. Unser Schulsystem muss verbessert werden. **Individuelle Förderung** und Entwicklung von Leistungspotenzialen kann nur gelingen, wenn Kinder und Jugendliche nicht in „Restschulen“ abgehängt werden. Daher haben Hauptschulen keine Zukunft. Das Motto „Kein Kind darf zurückgelassen werden“ muss sich in der Schulkultur und Unterrichtsqualität ausdrücken. Das Schulsystem muss so verändert werden, dass **längeres gemeinsames Lernen** möglich wird. Wir wollen daher die selektierende Mehrgliedrigkeit überwinden und stattdessen einem integrativen Schulsystem nach skandinavischem Vorbild für alle Schülerinnen und Schüler zum Durchbruch verhelfen. Heterogenität und Vielfalt der Schülerschaft sind eine große Chance und führen zu besseren Leistungen aller Kinder und Jugendlichen; Förderung in der Spitze und in der Breite schließt sich nicht aus. Schulen brauchen zudem mehr pädagogische und organisatorische Selbstständigkeit, vor allem ein eigenes Schulbudget zur Einstellung von sozialpädagogischen und psychologischen Fachkräften sowie von Unterrichtsassistentinnen und -assistenten. **Ganztagschulen** sind besonders geeignet, vielfältige Bildungsangebote zu machen.
3. **Sprachförderung** ist essenziell und muss konsequent über alle Bildungsstufen weiterverfolgt werden. Das Sprachenlernen muss einerseits auf den qualifizierten Erwerb der deutschen Sprache ausgerichtet sein. Freiwillige Vereinbarungen zwischen Eltern, Lehrkräften und Schülerschaft, Deutsch als Verkehrssprache auf dem Schulgelände verpflichtend zu machen, sind unterstützenswert. Andererseits muss aber auch Zwei- und Mehrsprachigkeit als individuelles Potenzial erkannt und gestärkt werden. Denn die gute Beherrschung mehrere Sprachen und die damit verbundene interkulturelle Kompetenz steigert die Ausbildungschancen von Jugendlichen. „Doppelte Halbsprachigkeit“ von Jugendlichen dürfen wir uns nicht erlauben, da sie ihre Chancen verschlechtert und damit Integration erschwert.
4. Die **Kooperation von Schule und Jugendhilfe** muss feste Grundlage für Schulprogramme werden, auch unter Einbeziehung der Eltern. Grundsätzlich sollte **Elternbildung** ein neuer Schwerpunkt im Bildungsbereich werden. Wir brauchen neue Formen und Ideen, um Eltern anzuspre-

chen, für die es bisher unbekannt war, sich am Bildungsprozess ihrer Kinder zu beteiligen. Sie müssen gezielt unterstützt werden und Mitwirkungsmöglichkeiten bekommen, die über das klassische Konzept der Schulmitwirkung in Gremienarbeit hinausgehen. Erziehungsziele und feste Regeln müssen zwischen Eltern und Schule konkret vereinbart und durch konsequentes Handeln durchgesetzt werden.

5. Mit **mehr Beteiligungsmöglichkeiten** stärken wir Schülerinnen und Schüler, nehmen sie ernster und beziehen sie gleichzeitig mit ein in die Verantwortung für ein **gutes Schulklima**. Eine Kultur verbesserter Teilhabe und Partizipation ermöglicht Jugendlichen, sich mit ihrer Schule besser zu identifizieren und den **Schulalltag aktiv mitzugestalten**. Mitsprache schafft Erfolgserlebnisse, stärkt Eigenverantwortung, Selbstbewusstsein und soziales Miteinander. Die Umgestaltung von Schulgebäuden und -gelände, selbstorganisierte Streitschlichterprogramme, Förder- und Lernangebote von älteren für jüngere Schülerinnen und Schüler sowie die gemeinsame Erarbeitung von Schulordnungen und Regeln sind vorbildhafte Beispiele für eine intensiviertere Beteiligungskultur.
6. Die **Förderung kultureller Bildung** muss im Schulsystem einen höheren Stellenwert bekommen. Durch verstärkte Kooperation von Schule und Kultur, von Bildungs- und Kultureinrichtungen ist für Kinder, Jugendliche und Eltern – gerade aus benachteiligten Familien – der Zugang und die Partizipation an Kultur besser als bisher zu gewährleisten. Schließlich schafft kulturelle Bildung für junge Menschen Möglichkeiten, ihre kognitiven, sozialen, emotionalen, ästhetischen sowie interkulturellen Kompetenzen zu entfalten und trägt zu gestalterischen, kreativen, experimentellen Lernerfahrungen mit allen Sinnen bei.
7. Für das **pädagogische Personal** brauchen wir eine **Qualifizierungsoffensive**. Pädagogische, didaktische und diagnostische Fähigkeiten müssen durch Aus- und Fortbildung verstärkt werden. Zu den Kernkompetenzen zählt auch, mit Unterschiedlichkeit positiv umgehen zu können. Außerdem gehören Kenntnisse in **interkultureller Bildung** und Erziehung in jede Ausbildung für pädagogisches Personal. Deutsch als Zweitsprache muss gestärkt werden.

Darüber hinaus müssen wir junge Migrantinnen und Migranten, die erfolgreich unser Bildungssystem durchlaufen haben, ermutigen, das Studium für ein Lehramt aufzunehmen. Gleichzeitig bedarf es im Bereich Bildung und Schule einer Einstellungspolitik, die den Zugang für qualifizierte Migrantinnen und Migranten erleichtert, so dass sie an der Entwicklung und Umsetzung von Konzepten interkultureller Bildung und Erziehung mitwirken können.

8. Jugendliche aus sozial schwachen Familien und vor allem aus der Zielgruppe der benachteiligten Migrantenfamilien müssen eine **bessere Berufsorientierung und Berufsberatung** erhalten. Den Übergang von der Schule in den Beruf und zur weiteren Berufsausbildung gilt es zu verbessern. Unbedingt einzubeziehen sind Unternehmen, die von Migrantinnen oder Migranten geführt werden, da hier noch viel ungenutztes Potenzial für Ausbildungsplätze liegt. Arbeitsagenturen und Jugendhilfe müssen eng zusammenarbeiten.

Zu einer erfolgreichen nachholenden Integration gehört selbstverständlich mehr als die beschriebenen Maßnahmen im Bildungswesen. Auch die Stadtentwicklungspolitik sowie die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik müssen ihren Beitrag leisten. Bildung allerdings ist der Schlüssel für gesellschaftlichen Zugang und Teilhabe. Hier nützen keine Gipfel und keine Parolen, sondern nur konkrete politische Taten und deren Finanzierung.